Harold James

Deutschland und die deutsche Identität 1871–1945

Diesem Beitrag möchte ich im wesentlichen drei, vielleicht etwas verallgemeinernde Hypothesen voranschicken:

1. Die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik und die Möglichkeiten eines inneren Interessenausgleichs sowie die Möglichkeiten, auf internationaler Ebene Interessen zu formulieren und politisch zu vertreten, sind Ausdruck eines gewissen Etwas, das wir am besten mit dem Begriff „Identität“ beschreiben können. So kommen wir aber zur modernen Gretchen-Frage: Wie steht es mit der Identität?

2. Im internationalen Rahmen ist diese Identität wesentlich durch die Größe bzw. Kleinheit eines Landes bestimmt. Was bedeutet aber Größe? Die Kleinheit eines Kleinstaates oder die Größe eines Großstaates sind keine längerzeitigen Konstanten. Die Größe im internationalen System ist immer relativ, da sie von Beziehungen zu anderen Mitgliedern des internationalen Systems abhängig ist. Das Maß – vom System her betrachtet – ist eine Funktion des Ausmaßes der Integration des gesamten Systems.

Es gibt allerdings noch eine zweite Bedeutung des Begriffs „Größe“, die für die historische Betrachtung wichtig erscheint. Das 19. Jahrhundert im allgemeinen, aber besonders die deutschen Länder, beschäftigten sich fortwährend mit dem Gedanken der Größe: der persönlichen Größe, der politischen Größe, der staatlichen Größe. Es gab den Mythos Napoleons oder den Mythos Alexanders des Großen, der von Droysen liebevoll dargestellt, richtungsweisend für die deutsche neuzeitige Entwicklung sein sollte. Große Männer verkörpern den Weltgeist; große Mächte machen die Weltgeschichte, so könnte man die gängige Betrachtungsweise des 19. Jahrhunderts darstellen. Die deutsche Selbstbetrachtung, die selbstverständlich die Betrachtung des prägenden deutschen Historismus war, kreiste sowohl um das Leiden wie um die Größe des deutschen Volkes, suchte nicht zuletzt im Leiden die Größe des deutschen Volkes.

3. In dem internationalen Gesamtsystem mit der dieses charakterisierenden, andauernden gegenseitigen Betrachtung und Beurteilung von Groß- und Kleinstaaten sind folgende Phänomene von dem historischen Beobachter zu konstatieren:

- Kleine Staaten haben Angst, wenn sie den großen Nachbarn betrachten.
- Die großen Nachbarn haben manchmal Sorge und Angst, wenn sie sich selbst betrachten.

– Alle Staaten sollten Angst haben bei der Betrachtung eines Staates, dessen Bevölkerung vor sich selbst Angst hat und der keine stabile Identität und Möglichkeit zu Interessenbildung und Interessenvertretung hat. Gerade ein solcher Staat aber war das Deutsche Reich.

* * *

War das Deutsche Reich von 1871 Nationalstaat, Großmacht oder Weltmacht? Die Antwort auf eine solche Frage enthält den Schlüssel zur Lösung des Rätsels der zu tiefst problematischen deutschen Identität. Die Diskussion dieser Tagung hat bedeutende Aufschlüsse zur Frage der Nationalstaatlichkeit des Reiches gegeben, aber die Frage nur begrenzt bejahen können. Zweifelsohne war es kein Nationalstaat im modernen Sinn, wie er zu dieser Zeit in England, Frankreich oder auch in Belgien, den Niederlanden und in Spanien bereits in seinen Grundzügen bestand. Innerhalb der deutschen Grenzen wohnten zu viele Nicht-Deutschsprachige: Franzosen, Polen, Dänen, usw. Und außerhalb der Grenzen des Reiches ertönte noch die deutsche Sprache unter anderen nicht nationalen Staatsordnungen: in der Eidgenossenschaft, im Zarenreich und in der Habsburger Doppelmonarchie. Diese Tatsache beeinflusste das Urteil der anderen Mächte: Gerade weil bei den Nachbarn vielfach das Urteil über den Staat „Deutsches Reich“ mit dem Urteil über das Benehmen Deutschsprachiger im eigenen Land untrennbar verbunden war, konnte man das Deutsche Reich nicht als normalstaatlichen Akteur im internationalen System betrachten.

Zweifelsohne war das Deutsche Reich auch keine Weltmacht, obwohl es spätestens seit den 90er Jahren eifrig bestrebt war, eine solche zu werden. Nach 1871 hatte Deutschland die Kleinstaaterie hinter sich gelassen: Es war also eine ganz normale Großmacht, geschaffen allerdings durch das Kalkül der bismarckschen Diplomatie.

Diese Diplomatie beruhte auf dem Prinzip des steten Wandels sowohl der Allianzen als auch der politischen Institutionen und Bindungen. So schrieb Bismarck bezeichnenderweise 1869 an den preußischen Kriegsminister Albrecht von Roon: „Sie werden doch zugeben, daß wir beide und unser allergnädigster Herr geborene Norddeutsche sind, während vor etwa 170 Jahren unsre Vorfahren sich im höheren Interesse ruhig gefallen ließen, den glorreichen Namen der Brandenburger gegen den damals ziemlich verschollenen der Preußen zu vertauschen, ohne Preußen zu sein.“¹ 1871 waren auf einmal Bismarck und der Kriegsminister nicht mehr Norddeutsche, sondern schlicht Deutsche.

Es war eine zwanghafte neue Staatsidentität geschaffen worden – aus Zwängen des realpolitischen Kalküls, der militärischen Lage und nicht zuletzt der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Das Deutsche Reich in den Grenzen von 1871 hatte eine Logik, nicht nur die des Schutz- und Trutz-Bündnisses, sondern auch der durch den Zollverein erweckten wirtschaftlichen Dynamik. Bismarck liebte es, die „materiellen Kräfte“ im Lauf der Geschichte zu beschwören. Damit stand er keineswegs allein: In der realpolitisch denkenden Zeit der 1860er Jahre war dies die gängige und zwingende Argumen-

¹ *Hans Rothfels* (Hrsg.), *Bismarck Briefe* (Göttingen 1954) 345.

tation. So schrieb 1869 der Vater der Realpolitik, August Ludwig Rochau: „Die deutsche Einheit ist keineswegs eine Sache des Herzensdranges der Nation... Die Einheit ist für die Deutschen im Grunde genommen eine reine Geschäftssache, bei welcher niemand einbüßen, jedermann hingegen so viel wie irgend möglich für sich heraus schlagen will.“²

Wie stabil war die neue deutsche staatliche Ordnung? Mit dem Blick auf die ersten 25 Jahre könnte man die These vertreten, daß die bismarcksche Realpolitik eine stabile Einheit in der Mitte Europas gestaltet habe, die für mehr als eine Generation den Frieden auf dem Kontinent sicherte. In Wirklichkeit erscheint die internationale Arena des zu Ende gehenden 19. Jahrhunderts von heute aus höchst instabil. Bismarck hatte den neuen deutschen Staat in eine internationale Ordnung eingebunden, die mindestens ebenso vergänglich war wie das System, mit dem Metternich die internationale Restauration mit dem Deutschen Bund verknüpft hatte. Nach 1871 bildete Deutschland den Teil eines Systems, das aus fünfzehn Großmächten bestand: Britannien, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland, dazu das zerbröckelnde Osmanische Reich. Österreich, Rußland und das Osmanische Reich waren echte multinationale Reiche. Das Prinzip der Nationalität bedrohte sie; aber jeder Beobachter konnte damit rechnen, daß es im Falle ihres Zusammenbruchs zu einer größeren territorialen Neuordnung Mittel- und Osteuropas kommen würde. Eine solche Revision, die um die Jahrhundertwende immer wahrscheinlicher wurde, würde Deutschland vielleicht neue Möglichkeiten eröffnen. Könnte es seinen Einfluß nicht auf die Gebiete der Handelsniederlassungen deutscher Sprache ausweiten, die über Süd- und Osteuropa verstreut waren und bis zur Wolga reichten? Könnte es nicht soeben erwachende Verbraucheransprüche – und die reichen Rohstoffquellen des Ostens – umfassen?

Deutsche Hoffnungen, die machtpolitischen Möglichkeiten auszunutzen, die sich durch den Zusammenbruch der Übereinkommen nach dem Krimkrieg und nach 1871 boten, beruhten auf einer Ausbreitung des Nationalitätenprinzips. Auf der anderen Seite würde die Anwendung dieser Theorie auf das Deutsche Reich selbst ebenfalls seine Zerstörung bedeuten, da Deutschland, anders als Frankreich oder Britannien, die Ziele und Träume eines Nationalstaates nur sehr partiell verwirklicht hatte. Seine Bündnisse litten unter diesem Problem. 1879 schloß Deutschland einen Vertrag mit Österreich und geriet danach in wachsende Abhängigkeit von der äußerst heterogenen Habsburger-Monarchie als dem einzigen verlässlichen Partner.

In dem Augenblick, als die europäische Landkarte durcheinandergeriet, tauchten weitere politische Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten auf. Die wachsende diplomatische Instabilität und die Entwicklung der parlamentarischen Politik nach 1890 und 1900 weckten bei vielen Deutschen neue Hoffnungen und Erwartungen – die weit über die begrenzten Möglichkeiten hinausgingen, die deutschen Staatsmännern tatsächlich zur Verfügung standen.

Bis zur Jahrhundertwende waren zwei neue Arten eines deutschen Nationalismus als Alternativen zu der um die Jahrhundertmitte herausgebildeten Tradition des wirt-

² Ludwig August von Rochau, Grundsätze der Realpolitik, Bd.II (Heidelberg 1869) 26–7.

schaftlichen Nationalismus und der Wirtschaftsnation aufgetaucht. Erstens war da der Angriff derjenigen, die, wie Richard Wagner oder Friedrich Nietzsche, glaubten, daß wirtschaftlicher Nationalismus eine oberflächlich betrachtete und abartige Perversion der Vorstellung von „Kulturstaat“ sei. Zweitens hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Logik der wirtschaftlichen Entwicklung viele zu dem Schluß kommen lassen, daß der Nationalstaat nicht mehr der geeignete Rahmen sei, in dem jene Entwicklung stattfinden könne.

Wirtschaftliches Denken brachte eine andere Form der Kritik am Wilhelminischen Staat hervor. Was zu einer typisch deutschen Sehweise nationaler Identität geworden war, wurde nun auf eine Lehre über die Logik der politischen Entmachtung der ganzen Welt übertragen.

Die unerbittlichen ökonomischen Gesetze des späten 19. Jahrhunderts, so der Gedankengang, führten nämlich vom Nationalstaat weg. Die Suche nach Märkten und Rohstoffen bedeutete eine ständige Erweiterung der Wirtschaftswelt. Außerdem brachte die Wirtschaftskonzentration solche Vorteile im Wettbewerb um Märkte, daß nur die größten Einheiten überleben konnten. Die Welt würde in drei oder vier große Reiche aufgeteilt.

Nationen, die miteinander um die Macht rangen, und konkurrierende Firmen entsprachen einander genau. In den drei Jahrzehnten vor 1914 hatte die Kartellierung und die Bildung großer vertikaler Konzerne viele mittelgroße Firmen in Deutschland beseitigt. Würde nicht der gleiche Prozeß auf der Ebene der internationalen Politik stattfinden?

Die Theorie der Weltstaaten wurde von einer Gruppe sehr einflußreicher Historiker aufgestellt: Hans Delbrück, Max Lenz, Erich Marcks, Otto Hintze, Hermann Oncken. Sie legten moralische Gründe wie auch eine ökonomisch-logische Erklärung vor. Der Kolonialismus würde einen neuen, besseren Schlag von Deutschen erzeugen.

Nach der militärischen Niederlage und dem Zusammenbruch der Monarchie stellte sich 1918/19 die entscheidende Frage erneut: Sollte Deutschland nun Großmacht sein, wie es die Repräsentanten des Kaiserreichs haben wollten, was unter den Bedingungen des frühen 20. Jahrhunderts dann Weltmacht bedeuten würde; oder sollte das Reich auf den Status einer zweitrangigen Macht zurückfallen und damit bloßes Objekt der Politik anderer Mächte werden?

Da viele deutsche Hoffnungen durch den aus deutscher Sicht mißglückten Kriegsausgang enttäuscht wurden, war der Hinweis der zuständigen Politiker auf die Unmöglichkeit der Erfüllung aller Hoffnungen als Folge eines höchst ungünstigen außenpolitischen Rahmens in gewisser Weise verständlich. Dieser Rahmen hätte aber entlastend für die neue Demokratie sein können, genau wie nach 1948 der außenpolitische Rahmen der Besatzung und dann des Kalten Krieges sich günstig auf die politische Stabilität der Bundesrepublik auswirkte. Aber eine solche Sichtweise kann nur die eines kleinen Staates sein und läßt sich nicht mit dem Staatsgedanken einer Großmacht vereinbaren.

Nationalismus bot gerade denen, die die Republik zerstören wollten, ein wirksames Instrument. Er hob alles hervor, was die Republik nicht sein konnte: ein kulturell homogener Staat, eine blühende Volkswirtschaft, eine Großmacht in der internationalen

Arena. Allgemeiner ausgedrückt, behaupteten die Nationalisten, daß die aus der militärischen Niederlage geborene Republik niemals die wahren Gefühle des deutschen Volkes widerspiegeln könne. Die Anliegen und Interessen der wahren Nation waren den Deutschen ausgetrieben worden. Eine ganz ähnliche Unterscheidung hatte man im 19. Jahrhundert in Frankreich zwischen dem *pays légal* (Frankreichs offiziellen Institutionen) und dem *pays réel* (dem wahren Frankreich) gemacht. Das Volk verfügte über eine „höhere Wirklichkeit“ als papierne Institutionen. Im Deutschland der zwanziger Jahre glaubte die Rechte, daß Verfassung und Volk uneins miteinander seien. Als der Schriftsteller Hans Fallada einen Bauernprotest gegen die Republik schilderte, ließ er die Demonstranten das Deutschlandlied von Hoffmann von Fallersleben singen.

Die Republikaner reagierten mit dem Versuch, ihre eigene nationale Symbolik, eine republikanische, zu schaffen. Sie taten ihr Bestes, Deutschland wieder in den Rang einer Großmacht zu erheben, und gleichzeitig versuchten sie, ausreichenden Wohlstand zu erzeugen, um die verschiedenen Wählergruppen des deutschen Staates zufriedenzustellen. Das führte zu einem der hartnäckigsten Probleme der Weimarer Republik: zur Interpretation von Politik und nationalem Interesse im Sinne von Sonderinteressen. Freilich war auch dies eines der vielen schädlichen Vermächtnisse des Kaiserreichs für den neuen Staat.

Unter den richtigen Umständen konnten widerstreitende Interessen zusammengeführt und ausgesöhnt werden. „Richtige Umstände“ bedeuteten in erster Linie eine vernünftige Wachstumsrate der Wirtschaft: mindestens die 2,7 Prozent, die das Kaiserreich erreicht hatte. Aber das hatte die Weimarer Republik nicht, und wirtschaftliche Umwälzungen machten den Interessenausgleich noch schwerer: die traumatische Nachkriegsinflation von 1923, eine Währungsstabilisierung, verbunden mit Rezession und hoher Arbeitslosigkeit 1923/24, eine neuerliche Rezession 1925, Aufschwung bis 1929 und dann tiefe Depression. Ausgehend von den Haltungen, die sich schon vor 1914 herauskristallisiert hatten, setzte eine Reaktion ein. Eine aggressiv nationalistische Bewegung legte eine Doktrin vor, die behauptete, Klassenschranken und materielle Gegensätze zu überwinden. Weimar scheint bestens zu illustrieren, wie die „ökonomische Idee der Nation“ zerstört wird, sobald die Wirtschaft ins Stolpern gerät.

Weimar konnte viele Fragen der Innenpolitik und der Verteilung nur dadurch lösen, daß es auf seine beschränkte Souveränität verwies. Wenn die politische Mitte und Rechte 1919 Gründe gegen die Verstaatlichung anführen wollten, erklärten sie, daß das eine Gefahr für die Reparationspolitik wäre. Als der Großindustrielle Hugo Stinnes den Achtstundentag abschaffen wollte, dachte er, die Alliierten könnten darauf bestehen. Als Brüning den Haushalt ausgleichen mußte, erklärte er, daß dies im Grunde wegen der Reparationen sein müsse.

Die Begrenzung der deutschen Souveränität war also von zentraler Bedeutung für die Stabilität des politischen Systems von Weimar. Wenn es keinen Ausländer zu beschuldigen gab, liefen die inneren Konflikte Gefahr, unlösbar zu werden. Auch aus diesem Grund besteht eine Verbindung zwischen dem großen deutschen außenpolitischen Erfolg in Lausanne und der instabilen und rapide schlechter werdenden innenpolitischen Situation Ende 1932 und Anfang 1933.

Das Dilemma der Weimarer Politik könnte so ausgedrückt werden: Es war wichtig, jemanden zu haben, dem man die Schuld zuschieben konnte – vorzugsweise einem Ausländer. Es war auch wichtig, den deutschen Großmachtstatus geltend zu machen – auch das bedeutete, Ausländern nicht zu gestatten, sich einzumischen. Wie konnte man in diesem Fall Ausländern die Schuld zuschieben? Der Gedanke von der großen Nation zusammen mit der Geschichte der wirtschaftlichen Stärke des 19. Jahrhunderts machte es schwierig, mit den Realitäten des vergangenen Wohlstands und dem Trauma einer Nation, die nicht mehr groß war, zu leben. Es bestand eine Gefahr, daß das gesammelte politische Gift der Deutschen sich inneren Zielen zuwenden würde – den sozial Schwächeren, den Minderheiten und besonders den Juden. 1919 und 1924 waren teilweise Triumphe für die Souveränität und Großmachtprinzipien; aber erst mit dem Ende der Reparationen 1932 verschwanden die fremden Ketten ganz, und mit ihnen verschwand der beschränkende und stabilisierende Faktor in der deutschen Politik.

Unter Hitler wollte Deutschland wieder Großmacht sein, und zwar mit nicht nur gesamteuropäischen Ambitionen, sondern auch – wie Klaus Hildebrand ausführlich belegt hat – mit dem Anspruch auf Weltherrschaft³. Erst mit dem totalen militärischen Zusammenbruch 1945, der offensichtlichen Zerschlagung des europäischen Wirtschaftsraums und vor allem dem Aufstieg der Supermächte, wurde klar, daß Deutschland wohl doch keine Großmacht war.

Worin bestand diese insgesamt destruktive Vision des „Großmacht-Sein-Wollens“, und auf welcher Basis beruhte sie? Wie sahen die Deutschen ihren Staat; gibt es Parallelen zu historischen Entwicklungen außerhalb Deutschlands? Die Antworten auf diese Fragen können meines Erachtens nur geisteswissenschaftlich erklärt werden. Für die kultargesättigten Machteliten war der Gedanke eines nur von wirtschaftlichen und diplomatischen Notwendigkeiten vorangetriebenen Staates höchst unbequem. Die Bürger suchten im Staat ein höheres Ziel, forderten einen Staat, der sich mit diesem Kulturanpruch, wie Thomas Mann ihn in den *Betrachtungen eines Unpolitischen* beschrieb, von dem auf Zweckrationalität und engstirnigem wirtschaftlichen Kalkül beruhenden westlichen Demokratien abhob.

Diese Tendenz ist freilich keine spezifisch deutsche: Sie ergriff nicht nur das kaiserliche Deutschland. Die neuen Großmächte im späten 19. Jahrhundert, die keine traditionellen Nationalstaaten wie Frankreich oder Großbritannien waren, stellten sich als Ersatz für das Nicht-Nation-Sein die Aufgabe, eine weltgeschichtliche Mission zu haben, die mit hoch-moralischem Inhalt erfüllt sein sollte.

Kleine Staaten brauchen keine anspruchsvollen Ideologien zu entwickeln, um die Beschränkungen zu erklären, denen ihre Politik und die diese ausführenden Politiker ausgesetzt sind. Man kann einfach auf das gefährliche außenpolitische Umfeld und auf die begrenzten Möglichkeiten des eigenen Handelns hinweisen. Auch Nationalstaaten mit alten und ehrwürdigen Traditionen sind stark genug, Enttäuschungen und selbst Niederlagen zu verkraften. Großmächte dagegen können Hindernisse und geschei-

³ Klaus Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich: Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945* (München 1969) 83.

terte Machtansprüche nur schwer hinnehmen und ihre eigene Begrenztheit ihrem politischen Publikum erklären.

Die bedeutendsten Beispiele von Staaten, die in ihrer Politik nicht die kleinstaatliche Ausrede haben konnten, sind die USA, Japan und Deutschland. Im amerikanischen Fall waren der Drang nach einer Mission und die Überzeugung von der eigenen historischen Sendung sehr stark entwickelt und führten leicht zu einer Überheblichkeit oder im Falle Woodrow Wilsons zu einer moralisierenden Vereinfachung politischer Probleme⁴. Da aber diese historische Mission mit den universellen Werten des 18. Jahrhunderts, wie sie in der amerikanischen Verfassung verankert sind, verbunden war, führte diese nicht zu den katastrophalen Konflikten, die mit der Verwirklichung von Großmachtmissionen anderer Länder entstanden waren.

Japan war am Ende des 19. Jahrhunderts ein neuer Staat, institutionell neu entstanden nach dem Einwirken einer feindlichen Macht, und hatte wie Deutschland ein hohes militärisches und wirtschaftliches Aufholbedürfnis. Das Japan der Meiji-Restauration sah im kaiserlichen Deutschland ein sehr attraktives Modell⁵. (Die japanische Verehrung wurde auf deutscher Seite kaum entsprechend erwidert. Wilhelm II. gab sogar Zar Nikolaus ein Wandgemälde mit dem Thema der „Gelben Gefahr“.)

Die japanischen Universitäten und die neue Armee entstanden nach deutschem bzw. preußischem Vorbild. Die Gemeindeordnung (*chihō jichi*), die in den 80er Jahren eingeführt wurde, beruhte auf einer Nachahmung der Steinschen Selbstverwaltung (*jichi* ist die japanische Übersetzung von Selbstverwaltung). Das neue „Bürgerliche Gesetzbuch“ (1898) entsprach dem deutschen Modell. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts argumentierte die japanische Regierung z. B. folgendermaßen: „Da der Deutsche Kaiser alle möglichen Mittel zur Unterdrückung des Sozialismus benutzt, sollten wir das gleiche tun.“ Vor allem suchte das neue Japan eine Ideologie, die zur Legitimierung des Staatswesens dienen konnte. Der Vater der japanischen Verfassung, Ito Hirobumi, sah im göttlichen-kaiserlichen Haus, so wie im deutschen Fall in der Hohenzollern-Dynastie, den „Grundpfahl der Nation“.

In einer Großmacht, die kein Nationalstaat ist, spielt die Ideologie eine notwendige Rolle bei der Selbstbetrachtung und Selbstdarstellung der Machthaber. Ein Nationalstaat darf Interessen haben; Bismarck glaubte, daß die Hohenzollern-Dynastie ebenso Interessen besitzen könne. Aber in der Zeit nach Bismarck änderte sich die Lage. Das wilhelminische Kaiserreich wollte moderner sein, wollte sich der neuen Stimmung anpassen. Im wilhelminischen Zeitalter, wie auch später im hitlerischen Weltbild, mußte Deutschland nicht so sehr Interessen, sondern vielmehr Ideale vertreten. Weltpolitik war mehr berauschendes Herrschaftsdenken als nüchtern ausgedachte Politik.

Ein Teil der Faszination Hitlers bestand darin, daß er für seine Zeitgenossen gerade

⁴ Siehe *Richard Hofstadter*, *The American Political Tradition* (New York 1951); *Samuel Huntington*, *American Politics and the Promise of Disharmony* (Cambridge Mass. 1981) 240f.: „In the eyes of Americans, not only should their foreign-policy institutions be structured and function so as to reflect liberal values, but American foreign policy should also be substantially directed to the promotion of those values in the external environment.“

⁵ Siehe zu diesem Thema vor allem *Carol Gluck*, *Japan's Modern Myths: Ideology in the Late Meiji Period* (Princeton 1985).

kein „Politiker“ war, der den Richtlinien der Interessen folgte. Der rassistische Philosoph Houston Stewart Chamberlain beschrieb in seinen alten Tagen den jungen Hitler als „Gegenteil von einem Politiker“. Als Außenpolitiker folgte Hitler nicht nur taktischen Erwägungen, sondern auch tief verwurzeltem Glauben und Trieben. Hildebrand spricht richtig von einer „dogmatisch gestützten Machtpolitik“: „Nicht das der bürgerlichen Leistungsethik entspringende Parameter des meßbaren Erfolges, sondern der weltanschaulich vorgegebene Glaube an die höhere Geburt dominierte und verhinderte eine angemessene Besetzung der entscheidenden Positionen.“⁶

Es ist kaum notwendig, an dieser Stelle zu beschreiben, *wie* sich diese Vision auf die deutsche Außenpolitik ausgewirkt hat und wie diese Politik das machtpolitische Gleichgewicht gefährdet hat. Eine längerfristige und stabile weltpolitische Ordnung läßt sich nämlich wesentlich leichter auf der Grundlage eines Interessenausgleichs als auf der Basis eines Kampfes der Ideologien aufbauen. In einer Zeit, in der nun der Kampf der Ideologien abgeklungen ist, kann man diese Tatsache durchaus als Trost empfinden.

⁶ Klaus Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1933–1945: Kalkül oder Dogma?* (Stuttgart 1980) 139.